

18.08.2010

"Für höhere Löhne ist die Lage zu unsicher"

Von Matthias Kaufmann

Die Zahl der Beschäftigten in Deutschland ist auf Rekordniveau, doch Klaus Zimmermann warnt im Gespräch mit dem manager magazin vor Euphorie. So schnell wie derzeit werde die deutsche Wirtschaft im Rest des Jahres nicht weiter wachsen. Deshalb rät der Präsident des DIW von großflächigen Lohnerhöhungen ab.

mm: In der ersten Jahreshälfte hat die deutsche Wirtschaft überraschend viel Boden gutgemacht, den sie in der Krise verloren hatte. Ermöglicht haben das auch die deutschen Arbeitnehmer mit ihrer Zurückhaltung. Stehen jetzt Lohnerhöhungen auf der Tagesordnung?

Zimmermann: Vorsicht, da wird derzeit arg viel Euphorie verbreitet. Es stimmt schon, dass sich das zweite Quartal großartig entwickelt hat. Aber ebenso sicher ist, dass die zweite Jahreshälfte konjunkturell schwächer verlaufen wird. Und Sie dürfen nicht vergessen: Der Aufschwung, den wir jetzt erleben, folgt auf Rieseneinbrüche im Vorjahr.

mm: Wie hoch könnte das Wachstum im Jahresmittel liegen?

Zimmermann: Ich halte 2,5 Prozent für möglich. Bei den derzeitigen Werten von über 4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr wird es auf keinen Fall bleiben.

mm: Aber 2,5 Prozent reichen doch für Lohnerhöhungen, oder?

Zimmermann: Das ist ein Durchschnittswert, die Zuwächse sind sehr ungleich verteilt. Der Aufschwung speist sich vor allem aus unseren Exporten, auch wenn die Importquote ebenfalls stark angezogen hat. Ich halte eine globale Erhöhung für unklug. In einzelnen Branchen kann durchaus etwas Spielraum vorhanden sein. Aber für generell und dauerhaft höhere Löhne ist die Lage schlicht zu unsicher.

mm: Welche Branchen sollten sich lieber zurückhalten?

Zimmermann: Das beste Beispiel ist wohl die Autoindustrie. Sie profitiert derzeit stark von der großen Nachfrage in China. Trotzdem gibt es keinen Zweifel daran, dass die Hersteller Überkapazitäten haben. Die müssten zunächst abgebaut werden. Erst dann lässt sich ein belastbarer Preis für die Arbeit in dieser Branche finden. Die Autobauer veranschaulichen auch die derzeitige Unsicherheit. Der Chinaboom kann ganz schnell enden, wenn die chinesische Regierung plötzlich die Rahmenbedingungen ändert.

mm: Was, wenn Betriebe ihre Mitarbeiter aber von der verbesserten Auftragslage profitieren lassen wollen? Schließlich haben viele Arbeitnehmer verzichtet, damit ihre Betriebe die Krise heil überstehen.

Zimmermann: Wenn es ihre Ertragslage hergibt, können Unternehmen den Erfolg in Form von Einmalzahlungen an die Beschäftigten weitergeben. Das hat den Vorteil, dass sie keine langfristigen Verpflichtungen eingehen.

mm: Wird der Preis für Arbeit nicht ohnehin steigen? Beobachter rechnen damit, dass die Arbeitslosenzahlen in diesem Jahr unter die 3-Millionen-Marke fallen. Das verbessert die Verhandlungsposition der Arbeitssuchenden.

Zimmermann: Das ist prinzipiell richtig, aber wir erleben, wie sich der Arbeitsmarkt immer mehr aufspaltet. Es besteht ein Mangel an Fachkräften, deren Verdienste folglich steigen. Auf der anderen Seite des Arbeitsmarktes stehen viele ungelernete Dauerarbeitslose, die selbst jetzt wenig Chancen auf eine neue Stelle haben.

mm: Eine ähnliche Spreizung findet auch innerhalb der Betriebe statt: Einer gewachsenen Zahl von Niedriglöhnern stehen oft Gutverdiener mit rasant steigenden Gehältern gegenüber. Bedroht das den sozialen Frieden in den Unternehmen?

2. Teil: "Schließlich leben wir in keiner Planwirtschaft"

Zimmermann: Da mag es Neidgefühle geben, die sehr kontraproduktiv sind. Dem können die Unternehmen aber nicht durch satte Lohnerhöhungen entgegenreten. So schwierig das sein mag: Man muss den Belegschaften verdeutlichen, dass die einfache Arbeit am Band nur dann anfällt, wenn die Gutbezahlten in den Ingenieurbüros oder Marketingabteilungen für Ideen sorgen, die das Unternehmen konkurrenzfähig machen. Dafür müssen diese Spezialisten gut bezahlt werden.

mm: Sie haben bereits die Probleme aus der starken Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft angesprochen. Wären höhere Löhne nicht ein Weg, sich davon stückweise zu befreien?

Zimmermann: Sowas kann man nicht einfach planen, schließlich leben wir in keiner Planwirtschaft. Die derzeitige Erholung der deutschen Konjunktur zeigt, dass das deutsche Exportmodell nicht überholt ist. Das soll selbstverständlich nicht heißen, dass es gar keinen Verbesserungsbedarf gäbe.

mm: Wo sehen Sie den?

Zimmermann: Deutschland lässt große volkswirtschaftliche Potenziale brachliegen, indem gut ausgebildete Frauen nicht stärker am Erwerbsleben teilnehmen. Das muss, ganz eindeutig, attraktiver für die Frauen werden - ich spreche von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Damit würde man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Einerseits würden die Talente von mehr Frauen die Unternehmen bereichern, andererseits würden viele Arbeiten, die die Mütter heute noch selbst erledigen, dann von Dienstleistern erbracht, also Kinderbetreuung, Kochen, Haushaltspflege. Schon das hätte einen starken Effekt auf den Binnenkonsum.

mm: Auch wenn wir in keiner Planwirtschaft leben, hat der Staat doch erheblichen Einfluss auf das Lohnniveau. Gerade niedrige Löhne orientieren sich an Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Außerdem könnte man einen moderaten Mindestlohn einführen.

Zimmermann: Diese Stellschrauben existieren in der Tat, aber sie sind nicht sehr effizient. Erhöht man das Arbeitslosengeld, geht das zu Lasten der Anreizwirkung, sich um eine neue Stelle zu bemühen. Dieser Weg wäre unterm Strich sehr teuer.

mm: Und ein Mindestlohn?

Zimmermann: Die Konsumwirkung von steigenden Einkommen ist ja dort am höchsten, wo die Einkommen am niedrigsten sind: Wer wenig hat und plötzlich etwas mehr bekommt, wird den größten Teil davon in den Konsum stecken. Wer ohnehin gut versorgt ist, spart das zusätzliche Geld lieber. Der Mindestlohn betreffe aber nur zu etwa einem Drittel ärmere Haushalte. Zwei Drittel davon käme gutsituierten Haushalten zugute, in denen beispielsweise eine Hausfrau nebenher arbeitet. Dort wäre der Kaufimpuls gering.

mm: Lehnen Sie die Förderung von armen Haushalten ab?

Zimmermann: Ganz und gar nicht. Es kann dafür gute politische Gründe geben. Wer das aber mit konjunkturellen Absichten tut, sollte nicht die Hartz-Regelsätze erhöhen oder einen Mindestlohn einführen. Wer die Armut bekämpfen will, sollte lieber mit gezielten Transferleistungen arbeiten.

mm: Wie könnten die zum Beispiel aussehen?

Zimmermann: Die Kinderchipkarte oder Erziehungsgutscheine und gezielte Sachleistungen sehe ich als guten Ansatz. Die niedrigen Mehrwertsteuersätze für Nahrungsmittel müssen bleiben. Eine allgemeine negative Einkommenssteuer kommt jedenfalls zu teuer.